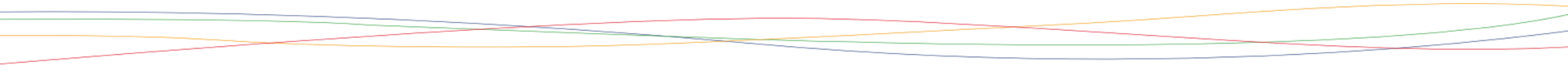


Sachanträge zum 5. ordentlichen Landesparteitag des Landesverbandes Berlin

26. Oktober 2025
Sprechsaal in Berlin-Mitte



Agenda

- 1. Bestätigung der Auflösung von fünf Bezirksverbänden**
- 2. Teilnahme an der Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026**
- 3. Haushaltsplan 2025**
- 4. Resolution zum Völkermord in Gaza**
- 5. Vortrag und Workshop zur Sozialen Dreigliederung**
- 6. Weiterleitung von Mitteln der Staatlichen Teilfinanzierung**
- 7. Mitgliedschaft im Freundeskreis Sprechsaal Berlin**

Auflösung des Bezirksverbands Marzahn-Hellersdorf

Antragsteller: dieBasis Landesvorstand Berlin

Begründung: Die Mitgliederhauptversammlung des Bezirksverbands Marzahn-Hellersdorf hatte am 24.02.2024 getagt und festgestellt, dass es nicht möglich war, einen dreiköpfigen Bezirksvorstand zu wählen, weil sich keine Kandidaten finden ließen. Daraufhin wurde für den 24. Mai 2024 eine Hauptversammlung einberufen, auf der die Auflösung des Bezirksverbandes beschlossen wurde mit der Maßgabe, das Vermögen an Geld- und Sachwerten an den Landesverband Berlin zu übertragen.

Die in Marzahn-Hellersdorf wohnenden Mitglieder bleiben dem Bezirk weiterhin zugeordnet und können jederzeit eine Ortsgruppe oder einen neuen Bezirksverband gründen. In der bisher gültigen Landessatzung ist vorgesehen, dass die Bundespartei der Auflösung eines Landesverbandes zustimmen muss. Analog müsste die Landespartei der Auflösung eines Bezirksverbandes zustimmen. Außerdem hätte die aktuelle Satzung noch eine Urabstimmung der Mitglieder gefordert, was jedoch sinnwidrig ist, wenn es nicht gelingt, einen Vorstand zu wählen.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag bestätigt die Auflösung des Bezirksverbands Marzahn-Hellersdorf und die Übernahme des Vermögens durch den Landesverband Berlin.

Abstimmung:

Auflösung des Bezirksverbands Reinickendorf

Antragsteller: dieBasis Landesvorstand Berlin

Begründung: Am 16.04.2024 fand eine Hauptversammlung des Bezirksverbands Reinickendorf statt, auf der versucht wurde, einen neuen Bezirksvorstand zu wählen. Mit der Einladung wurde bereits der mögliche Beschluss der Auflösung des Bezirksverbands in die Tagesordnung aufgenommen, falls dies nicht gelingen würde. Die Versammlung umfasste 9 stimmberechtigte Mitglieder und beschloss mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung die Auflösung des Bezirksverbands.

Die in Reinickendorf wohnenden Mitglieder bleiben dem Bezirk weiterhin zugeordnet und können jederzeit eine Ortsgruppe oder einen neuen Bezirksverband gründen. In der bisher gültigen Landessatzung ist vorgesehen, dass die Bundespartei der Auflösung eines Landesverbandes zustimmen muss. Analog müsste die Landespartei der Auflösung eines Bezirksverbandes zustimmen. Außerdem hätte die aktuelle Satzung noch eine Urabstimmung der Mitglieder gefordert, was jedoch sinnwidrig ist, wenn es nicht gelingt, einen Vorstand zu wählen.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag bestätigt die Auflösung des Bezirksverbands Reinickendorf und die Übernahme des Vermögens durch den Landesverband Berlin.

Abstimmung:

Auflösung des Bezirksverbands Spandau

Antragsteller: dieBasis Landesvorstand Berlin

Begründung: Nachdem es auf der Jahreshauptversammlung am 9. März 2024 nicht gelungen war, einen neuen Bezirksvorstand zu wählen, weil nicht mindestens drei Kandidaten für den geschäftsführenden Bezirksvorstand gefunden werden konnten, wurde eine weitere Mitgliederversammlung für den 13.04.2025 einberufen, um einen weiteren Versuch zu unternehmen und im Falle des Scheiterns den Bezirksverband aufzulösen.

Nachdem es erneut nicht gelang, drei Kandidaten für den Vorstand zu finden, hat die Mitgliederversammlung am 13. April 2025 beschlossen, den Bezirksverband Spandau aufzulösen und das Vermögen an den Landesverband zu übergeben.

Die in Spandau wohnenden Mitglieder bleiben dem Bezirk weiterhin zugeordnet und können jederzeit eine Ortsgruppe oder einen neuen Bezirksverband gründen. In der bisher gültigen Landessatzung ist vorgesehen, dass die Bundespartei der Auflösung eines Landesverbandes zustimmen muss. Analog müsste die Landespartei der Auflösung eines Bezirksverbandes zustimmen. Außerdem hätte die aktuelle Satzung noch eine Urabstimmung der Mitglieder gefordert, was jedoch sinnlos ist, wenn es nicht gelingt, einen Vorstand zu wählen.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag bestätigt die Auflösung des Bezirksverbands Spandau und die Übernahme des Vermögens durch den Landesverband Berlin.

Abstimmung:

Auflösung des Bezirksverbands Berlin-Mitte

Antragsteller: dieBasis Landesvorstand Berlin

Begründung: Auf dem 2. ordentlichen Bezirksparteitag am 20.11.2022 waren 5 Personen in den Vorstand gewählt worden. Der Vorsitzende Johnny Weston war am 6.3.2023 aus der Partei ausgetreten. Die stellvertretende Schatzmeisterin und die stellvertretende Vorsitzende waren ebenfalls in 2023 zurückgetreten. Vorstandssitzungen fanden danach nicht mehr statt. Zuletzt bildeten Oliver Herde und Julie Hawelka alleine den Vorstand. Der in 2024 fällige Bezirksparteitag des Bezirksverbands Mitte wurde zum 1. September 2024 einberufen mit dem Hinweis auf die drohende Auflösung. Zum Termin erschienen 3 Mitglieder. Keiner war bereit, für den Vorstand zu kandidieren. So wurde die Auflösung zum 30.09.2024 beschlossen.

Die in Berlin-Mitte wohnenden Mitglieder bleiben dem Bezirk weiterhin zugeordnet und können jederzeit eine Ortsgruppe oder einen neuen Bezirksverband gründen. In der bisher gültigen Landessatzung ist vorgesehen, dass die Bundespartei der Auflösung eines Landesverbandes zustimmen muss. Analog müsste die Landespartei der Auflösung eines Bezirksverbandes zustimmen. Außerdem hätte die aktuelle Satzung noch eine Urabstimmung der Mitglieder gefordert, was jedoch sinnlos ist, wenn es nicht gelingt, einen Vorstand zu wählen.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag bestätigt die Auflösung des Bezirksverbands Berlin-Mitte und den Ausgleich des Vermögens durch den Landesverband Berlin.

Abstimmung:

Auflösung des Bezirksverbands Berlin-Neukölln

Antragsteller: dieBasis Landesvorstand Berlin

Begründung: Mehrere Versuche des Landesvorstands, zusammen mit dem gewählten Bezirksvorstand von Neukölln einen Bezirksparteitag einzuberufen, waren gescheitert. Schließlich hatte der Landesvorstand am 19.12.2024 beschlossen, den Bezirksverband Neukölln wegen andauernder Untätigkeit aufzulösen. Eine Übergabe der Unterlagen des Schatzmeisters erfolgte Anfang 2025. Bei der Erstellung des Rechenschaftsberichtes wurde festgestellt, dass 2023 falsche Angaben zu den Ausgaben gemacht worden waren, die in 2024 dann nachgebucht werden mussten. Im Jahr 2024 hat keine Aktivität des Bezirksvorstands mehr stattgefunden. Mehrere persönliche Gespräche mit Mitgliedern aus Neukölln führten nicht dazu, eine Neubesetzung des Bezirksvorstands zu erreichen.

Die in Neukölln wohnenden Mitglieder können jederzeit eine Ortsgruppe oder einen neuen Bezirksverband gründen. Derzeit sind die Aussichten dafür jedoch nicht gegeben.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag bestätigt die Auflösung des Bezirksverbands Neukölln und die Übernahme des Vermögens durch den Landesverband Berlin.

Abstimmung:

Der Haushaltsplan 2026 des Landesverbands Berlin

Antragsteller: dieBasis Landesvorstand Berlin

Begründung: Für die Haushaltsjahre 2021 bis 2024 liegen inzwischen Rechenschaftsberichte über die Einnahmen, die Ausgaben und das Vermögen des Landesverbandes Berlin vor. In diesem Zeitraum fanden Wahlen statt und die Buchhaltung wurde im Jahr 2022 konsolidiert, damit die Einnahmen und Ausgaben valide ermittelt werden können. Aus der Betrachtung der Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Handeln des Landesvorstands kann nunmehr eine begründete Haushaltsplanung erfolgen, die bereits einmal auf dem Erweiterten Landesvorstand am 31. August 2025 vorgestellt worden ist.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag beschließt den vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2026, wie er in der folgenden Folie vorgelegt wird.

Abstimmung:

Der Haushaltsplan 2026 des Landesverbands Berlin

Einnahmen	2026	2024
Mitgliedsbeiträge	18.000,00	28.990,60
Spenden von natürlichen Personen	3.000,00	2.838,55
Staatliche Teilfinanzierung	17.500,00	27.000,00
Sonstige Einnahmen	0,00	0,00
Zuschüsse von Gliederungen	30.000,00	20.936,57
Summe	68.500,00	79.765,72

Eingang der Mitgliedsbeiträge im Land von etwa 5.000 EUR pro Monat und davon 30 Prozent, die beim Landesverband verbleiben.

Staatliche Teilfinanzierung aus 2025: Ausschüttung von 3.500 EUR pro Wahlkreis, die an bestehende Bezirksverbände durchgereicht werden.

Hoffnung auf einen Wahlkampfkostenzuschuss der Bundespartei für die Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2026

Ausgaben	2024
Personalausgaben	-5.000,00
Sachausgaben	0,00
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	-15.000,00
b) für allgemeine politische Arbeit	-10.000,00
c) für Wahlkämpfe	-16.000,00
h) Abschluss Zuschüsse an Gliederungen	-20.000,00
Summe	-66.000,00
Überschuss (+) oder Defizit (-)	2.500,00

Für besondere Aufgaben der Verwaltung sollten wir tatsächlich Personal bezahlen. Zumindest sollten wir dafür ein Budget vorsehen.

Im laufenden Geschäftsbetrieb wären Mietausgaben für eine Geschäftsstelle enthalten. Allgemeinpolitische Arbeit sind in erster Linie Veranstaltungen.

Wahlkampfkosten und Zuschüsse hängen mit dem Wahlkampf im Herbst 2026 zusammen.

Abgeordnetenhauswahl 2026 in Berlin

Antragsteller: dieBasis Landesvorstand Berlin

Begründung: Die Basisdemokratische Partei Deutschland ist eine Partei im Sinne des Grundgesetzes und des Parteiengesetzes. Sie wirkt an der Willensbildung der deutschen Bevölkerung mit und beteiligt sich an Wahlen auf allen Ebenen der verfassungsmäßigen Ordnung.

Am 20. September 2026 finden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin (Landtagswahl) und gleichzeitig die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (Kommunalwahlen) statt. Der Landesverband Berlin sollte für die Abgeordnetenhauswahl eine Landesliste aufstellen und sich dafür einsetzen, dass in den Bezirken Listen für die Bezirksverordnetenversammlungen aufgestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag beschließt, dass sich der Landesverband Berlin an der Abgeordnetenhauswahl mit einer eigenen Landesliste beteiligt und, wenn es möglich ist, Listen für die Bezirksverordnetenversammlungen aufstellt.

Abstimmung:

Resolution zum Krieg in Nahost

Antragsteller: dieBasis Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg

Begründung: Als Partei, die sich für den Frieden in der Welt und für den Vorrang der Diplomatie gegenüber der Anwendung von Gewalt einsetzt, dürfen wir nicht zu den Geschehnissen in Palästina schweigen.

Der andauernde Genozid an der palästinensischen Bevölkerung durch die israelische Regierung ist zu verurteilen. Völkermord ist das größte aller Verbrechen. Er lässt sich durch nichts rechtfertigen. Auch wenn im Konflikt um Palästina auf beiden Seiten extremistische Kräfte die Konfrontation anheizen, begeht nur ein Land Völkermord: Israel. Zu diesem Schluss kommen nicht nur Menschenrechtsgesellschaften und die UN, sondern auch die internationale Vereinigung von Genozidforschern:

<https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2025/08/IAGS-Resolution-on-Gaza-FINAL.pdf>

Dies wiegt umso schwerer, als Israel nach Völkerrecht als Besatzungsmacht gilt. Besatzungsmächte können ein Recht auf Selbstverteidigung nicht für sich in Anspruch nehmen kann – schon gar nicht ein Recht auf Völkermord.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag beschließt, die vorgelegte Resolution zu Palästina zu unterstützen und zum Bundesparteitag vom 7.-9. November 2025 zur Beschlussfassung einzureichen.

Abstimmung:

Wir stehen auf der Seite der Menschenwürde

Die Basisdemokratische Partei bekennt sich zur Unverletzlichkeit der Menschenwürde. Diese gilt für alle Mitglieder der Menschheitsfamilie.

Der seit Jahrzehnten andauernde Konflikt im Nahen Osten wird von extremistischen Kräften auf beiden Seiten immer wieder angefacht. Unser Mitgefühl gilt allen Opfern dieses Konfliktes.

Die israelische Kriegsführung, der weit überwiegend Zivilisten zum Opfer gefallen sind, haben nun ein Ausmaß erreicht, das selbst die israelische Menschenrechts-organisation B'Tselem als Genozid bezeichnet. Amnesty International, Human Rights Watch und jüngst ein UN-Untersuchungsausschuss teilen diese Einschätzung.

Höchste Regierungsvertreter Israels, wie Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir haben wiederholt die Vernichtung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus dem dicht besiedelten und seit vielen Jahren unter Totalblockade stehenden Gazastreifen gefordert. Der größte Teil an Wohngebäuden und fast die gesamte zivile Infrastruktur wurde bei den israelischen Angriffen zerstört. Hunger wird gezielt als Waffe gegen die Bevölkerung eingesetzt. In vielen israelischen Medien wird massiv entmenslichende Propaganda gegen alle Palästinenser verbreitet.

...

Resolution zum Krieg in Nahost (Wortlaut des Textes, 2)

...

Dazu können wir nicht schweigen! Israel handelt nicht als Staat, der sich verteidigt, sondern als Kolonialmacht, die bewusst und gezielt besetzte palästinensische Gebiete zerstört, ethnisch säubert und völkerrechtswidrig besiedelt. Wer die Menschenwürde derart mit Füßen tritt, hat keine Solidarität verdient.

Wir schließen uns deshalb dem UN-Menschenrechts-Rat an und fordern einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an Israel sowie Sanktionen gegen Unternehmen, die wirtschaftlich von illegalem Siedlungsbau und Völkermord profitieren.

Wir unterstützen alle Bestrebungen für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel. Dazu müssen die Kampfhandlungen sofort eingestellt werden. Der illegale Siedlungsbau im Westjordan-Land muss beendet und schrittweise zurückgeführt werden.

Die bisherige deutsche Politik der bedingungslosen Unterstützung Israels ist zu hinterfragen. Menschenwürde hat für uns Vorrang vor geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen.

Weiterbildung zur „Sozialen Dreigliederung“

Antragsteller: dieBasis Bezirksverband Pankow

Begründung: Wir sehen es als wichtig an, uns mit dem Thema der Sozialen Dreigliederung und mit der Frage einer wirklichkeitsfähigen, gesamtgesellschaftlichen Vision, sowie deren Umsetzung in unserer Partei näher zu befassen. Deshalb möchten wir in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand Berlin in nächster Zukunft einen Workshop mit Bernhard Huber organisieren und dazu alle Berliner Bezirksverbände einladen. Das Angebot besteht in einem Vortrag über 1,5 Stunden an einem Freitagabend ab 19 Uhr und einem Workshop am darauf folgenden Samstag zwischen 9 Uhr und 12 Uhr. Bernhard Huber verlangt kein Honorar und bittet lediglich um die Erstattung der Reisekosten. Weitere Infos zur Sozialen Dreigliederung unter: www.soziale3gliederung.com

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag beschließt, dass der Landesvorstand Berlin zusammen mit dem Bezirksverband Pankow einen Weiterbildungsworkshop für den gesamten Landesverband Berlin im ersten Quartal 2026 organisiert.

Abstimmung:

Staatliche Teilfinanzierung an die Bezirksverbände

Antragsteller: dieBasis Landesverband Berlin

Begründung: Der Erweiterte Bundesvorstand hat am 10. Oktober 2025 beschlossen, dass von den im Jahr 2024 beim Bundesvorstand eingegangenen Geldern der Staatlichen Teilfinanzierung in Kürze jeweils 3.500 EUR je Bundestagswahlkreis an die Landesverbände ausgezahlt werden sollen.
Um die Arbeit der Bezirksverbände zu stützen sollen die 3.500 EUR ungekürzt an die bestehenden Bezirksverbände ausgezahlt oder als Forderungen an den Landesverband verbucht werden.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag beschließt, dass der Landesvorstand Berlin jedem bestehenden Bezirksverband 3.500 EUR aus der Staatlichen Parteienfinanzierung zuweist und für das Jahr 2025 auszahlt.

Abstimmung:

Mitgliedschaft im Freundeskreis Sprechsaal Berlin

Antragsteller: Arvid Stoeppler

Begründung: Der Sprechsaal hat sich im Laufe des Jahres 2025 als gut geeigneter Veranstaltungsraum für den Erweiterten Landesvorstand und für öffentliche Veranstaltungen des Landesverbandes Berlin erwiesen. Um die finanzielle Basis des Sprechsaals zu stärken, wurde ein Freundeskreis Sprechsaal Berlin gegründet, in dem Organisationen als Fördermitglieder beitreten können. Der Landesverband Berlin der dieBasis sollte dem Verein als Fördermitglied beitreten. Über die Höhe des monatlichen Beitrages sollte der Erweiterte Landesvorstand eine Konsensierung durchführen und das Ergebnis beschließen.

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag beschließt, dass der Landesverband Berlin der Basisdemokratischen Partei Deutschland Fördermitglied im Freundeskreis Sprechsaal Berlin wird.

Abstimmung: